

Eckhardt Rehberg

- (A) deln. Bundesregierung und Koalitionsfraktionen haben schnell gehandelt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Otto Fricke [FDP]: Der Bund zahlt immer!)

Hier fließt also Geld zurück. Mehr als 50 Prozent der Neuzulassungen sind Wagen deutscher Hersteller, insbesondere Opel, Ford und VW. Der Verband der Automobilindustrie hat ausgeführt, dass die Zulieferteile des VW Polo, der in Spanien gebaut wird, zu 60 Prozent von deutschen Zulieferern kommen. Daher zieht das ständig vorgetragene Argument nicht, dass das Geld der deutschen Steuerzahler überwiegend ausländischen Fabrikanten zugutekommt. Ganz im Gegenteil: Wenn Sie ein Zulieferwerk wie das Airbagwerk in Laage besuchen, das im Januar und Februar dieses Jahres massiv Kurzarbeit angeordnet hatte, und Sie sehen, für welche Produkte zugeliefert wird, dann erkennen Sie, dass das Fabrikate sind, die weltweit hergestellt werden.

Ich habe ganz bewusst den Begriff Umweltprämie gebraucht, weil die Daten, die uns vorliegen, zeigen, dass mit der Umweltprämie ein Rückgang der CO₂-Emissionen in Gramm pro Kilometer um 6 Prozent erreicht wurde. Das liegt auch daran, dass ein neun Jahre altes Auto, das jetzt verschrottet wird, natürlich schlechtere Emissionswerte hat als jedes Auto, das heute gebaut wird. Dass in der Klasse bis 120 Gramm CO₂-Emissionen pro Kilometer ein Zuwachs der Neuzulassungen um 100 Prozent und in der Klasse zwischen 120 und 160 Gramm CO₂-Emissionen pro Kilometer ein Zuwachs der Neuzulassungen um knapp 50 Prozent erreicht wurde, zeigt, dass von den Verbrauchern insbesondere umweltfreundliche, umweltschonende Autos gekauft werden.

Die Anhörung hat auch sehr deutlich gezeigt: Die Umweltprämie trägt mitnichten dazu bei, dass Forschung und Entwicklung in irgendeiner Form zurückgestellt werden. Ganz im Gegenteil: Es wird weiter intensiv geforscht, und die Ausgaben der deutschen Automobilhersteller in diesem Bereich werden eher zu- als abnehmen. Es ist richtig, dass auch die Europäische Investitionsbank Kredite zur Verfügung stellt. Andere Länder haben mittlerweile nachgezogen, weil sie zur Kenntnis genommen haben, dass die Maßnahmen, die wir in Deutschland durchführen, für eine wichtige Industrie eine Brückenfunktion erfüllen.

In England werden seit Ende April dieses Jahres sogar 2 000 Pfund Abwrackprämie für ein zehn Jahre altes Auto gezahlt.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Wie bitte? Ich denke „Umweltprämie“. Das ist aber komisch!)

– Es werden 2 000 Pfund gezahlt, 1 000 Pfund vom Hersteller und 1 000 Pfund vom Staat. Das ist ganz simpel.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Ich habe nach dem Begriff „Umweltprämie“ gefragt!)

Auch in Österreich ist man diesen Schritt gegangen, in Frankreich sogar schon Ende 2008. Auch die Regierungen in China und Japan sowie in Brasilien und Russ-

land setzen sich dafür ein, diese Brückenfunktion im Interesse der Automobilhersteller wahrzunehmen. (C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass es keine Alternative zur Umweltprämie gegeben hat.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Doch! Ich sage nur: Mindestlohn!)

Die Alternative wäre nämlich gewesen, nichts zu tun. Hätten wir nichts getan, hätte ich gerne einmal die Debattenbeiträge gerade der Linken und der Grünen im Deutschen Bundestag erlebt und gehört, welche Vorwürfe Sie uns dann gemacht hätten.

(Ulla Lötzer [DIE LINKE]: Sie setzen an der falschen Stelle an!)

– Frau Kollegin, die Stelle, an der wir ansetzen, ist genau die richtige. Es ist auch richtig – das ist die feste Überzeugung der CDU/CSU-Fraktion –, diese 2 500 Euro als Einkommen zu werten und Hartz-IV-Empfänger davon auszuschließen. Mit dem, was Sie in Ihrem Änderungsantrag schreiben, berauben Sie sich Ihrer eigenen Argumente, warum die Umweltprämie kein Einkommen sein soll. Sie wollen nämlich nicht, dass dieses Geld als Einkommen angerechnet wird.

Die beschriebene Brücke für die deutsche Automobilindustrie hat nicht nur direkt in der Automobilindustrie, sondern auch weit darüber hinaus Arbeitsplätze gesichert. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Rede des Kollegen Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion nehmen wir zu Protokoll.¹⁾

Das Wort hat die Kollegin Ute Berg für die SPD-Fraktion.

Ute Berg (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Ich bin etwas irritiert, dass ich nicht nach Herrn Brüderle bzw. nicht nach einem Vertreter der FDP rede. Denn ich war eigentlich darauf eingestellt, in meiner Rede all Ihre Vorwürfe und Ihre Fundamentalkritik zurückzuweisen.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Tja! Jetzt müssen Sie mal selber argumentieren! Das ist bestimmt besonders schwer für Sie! Sie sind das ja nicht gewohnt!)

Da ich das nun nicht tun muss, kann ich meine eigenen Argumente vortragen.

Allerdings kann ich es der Opposition nicht ersparen, zu Beginn meiner Rede kurz auf sie einzugehen. Ich muss nämlich Ihre Unkenrufe, die Sie im Zusammen-

¹⁾ Anlage 26

Ute Berg

- (A) hang mit der Umweltprämie immer wieder geäußert haben, zurückweisen. Diese Prämie hat sich als hervorragendes Mittel zur Stimulierung der Nachfrage erwiesen. Sie ist genau das, was wir uns von ihr versprochen haben: eine Konjunkturspritze ersten Ranges.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das bestätigen die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum ersten Quartal 2009. Während die Wirtschaftsleistung insgesamt in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber den letzten Monaten des letzten Jahres um 3,8 Prozent zurückging, wirkt die Binnennachfrage auf die Konjunktur in Deutschland stabilisierend. Der private Konsum ist sogar leicht gestiegen, und zwar um circa 0,5 Prozent. Das liegt zum einen natürlich an der niedrigen Inflationsrate, ist zum anderen aber auch das Ergebnis unserer Konjunkturmaßnahmen, allen voran der Umweltprämie;

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Otto Fricke [FDP]: Wie viel ist denn davon ausgezahlt worden?)

das sage ich ganz bewusst in dem Sinne, in dem es Herr Rehberg bereits ausgeführt hat.

Wenn es um Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur geht, verweisen Ökonomen grundsätzlich auf die drei T: Sie müssen timely, targeted und temporary sein. Das heißt, sie müssen schnell wirken, sie müssen gezielt wirken, und sie müssen zeitlich befristet sein. Alle drei Kriterien erfüllt die Umweltprämie.

- (B) (Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Das Beste daran ist die Befristung!)

– Wenn Sie das meinen, ist das in Ordnung. Befristet müssen solche Maßnahmen nämlich auch sein. Wenn Sie dieses Kriterium befürworten, ist das schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung.

(Otto Fricke [FDP]: Gibt es also keine Verlängerung?)

Die von Frank-Walter Steinmeier vorgeschlagene Prämie hat die Branche spürbar angeschoben. Sie hat viele Händler und Zulieferbetriebe und damit Tausende von Arbeitsplätzen gerettet.

(Abg. Otto Fricke [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Kollege Fricke möchte gerne eine Zwischenfrage stellen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Gut, Sie gestatten die Zwischenfrage. – Herr Fricke, dann haben Sie das Wort.

Otto Fricke (FDP):

Geschätzte Frau Kollegin Berg, auch wenn Sie den Kollegen Brüderle sicherlich sehr zu Recht vermissen, möchte ich doch noch etwas ergänzend fragen.

Sie haben gerade gesagt, dass die Befristung richtig ist. War eine Verlängerung der Befristung dann falsch, oder war die Verlängerung der Befristung auch richtig?

- Ich darf Sie auch fragen – das ist mir sehr wichtig –: Kann ich davon ausgehen, da Sie sagen, dass die Befristung gut ist, dass es die Position der SPD ist, die Abwrackprämie nicht über das Ende dieses Jahres hinaus zu verlängern? (C)

Ute Berg (SPD):

Ich kann Ihnen die drei Fragen, die Sie gestellt haben, gerne beantworten: Ja, die Verlängerung der Befristung war richtig. Ja, wir werden die Prämie nicht über das Jahr 2009 hinaus verlängern. Allerdings werden wir es gestatten, dass bis zum 30. Juni 2010 ausgeliefert wird. Darauf komme ich aber gleich noch zu sprechen. An die dritte Frage in diesem ganzen Kuddelmuddel erinnere ich mich nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch einmal zurück: Durch die von Frank-Walter Steinmeier vorgeschlagene Prämie wurde die Branche spürbar angeschoben – das hatte ich eben schon gesagt –, und es wurden alle entlastet und Arbeitsplätze gesichert.

Vielleicht sollten wir auch einmal andersherum fragen: Was hätte es uns gekostet, wenn wir die Prämie nicht eingeführt hätten? Das ist in unserer Expertenanhörung sehr deutlich geworden: Durch die Prämie werden etwa 200 000 Arbeitsplätze in der Automobilbranche gesichert, die ohne sie weggefallen wären, und die bereits angekündigte Kurzarbeit musste nicht eingeführt werden. Kurzarbeiteranteile oder gar Arbeitslosengeld fallen nicht an. Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge werden weiter bezahlt. Nicht zu vergessen sind die zusätzlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer für die zusätzlich verkauften Autos. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fazit: Mit der Umweltprämie haben wir dafür gesorgt, dass Steuern fließen und der Staat Geld für die Finanzierung von Arbeit und nicht von Arbeitslosigkeit ausgeben kann. Neben den zusätzlichen Autokäufen, die durch die Prämie nachweislich befördert werden, sind auch – das haben einige leider noch immer nicht verstanden – die vorgezogenen Käufe durchaus eine beabsichtigte Wirkung, die mit der Prämie erzielt werden soll, um das Konjunkturloch im Export jetzt schnellstmöglich abzufedern.

Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Änderungsantrag verlängern wir heute auch die Reservierungszeit für die Umweltprämie auf neun Monate. Das haben wir von SPD-Seite aus angeregt, weil einzelne Hersteller nicht innerhalb der zunächst vorgesehenen sechs Monate nach Kaufvertragsunterzeichnung liefern können. Das gilt vor allem dann, wenn Sonderanfertigungen anfallen – Herr Rehberg hat das schon erwähnt –, beispielsweise auch für Menschen im Rollstuhl. Der 30. Juni 2010 – das kann ich Ihnen versprechen, Herr Fricke – ist dann allerdings wirklich das Enddatum. Bis zu diesem Termin müssen dann auch diese Autos ausgeliefert sein.

Abschließend noch eine dringende Bitte in Bezug auf die Abwicklung der Prämie. Es sind über 1,5 Millionen Anträge beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhr-

Ute Berg

- (A) Kontrolle eingegangen. Leider ist die Situation bei der Bearbeitung der Anträge noch sehr unbefriedigend. Viele Käufer sind berechtigterweise verärgert darüber, dass sie auf die Auszahlung der Prämie so lange warten müssen. Uns erreichen inzwischen auch Briefe von Händlern, die ihren Kunden die Prämie vorgestreckt haben und dadurch wirklich in die Bredouille geraten sind.

Das BAFA ist deutlich überlastet. Deshalb möchte ich das zuständige Bundeswirtschaftsministerium auffordern, für ausreichend Personal beim BAFA zu sorgen, damit die Leute nicht zu lange auf ihr Geld warten müssen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Berg, achten Sie bitte auf die Redezeit und das Signal.

Ute Berg (SPD):

Ja, ich komme zum letzten Satz. – Es ist heute ein guter Tag für Automobilhändler, für Beschäftigte und für Kunden, weil wir die Umweltprämie verbessert und ausgebaut haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Ulla Lötzer das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

(B)

Ulla Lötzer (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Frau Berg, ich bleibe dabei: Die Abwrackprämie ist wirtschaftlich fragwürdig, ökologisch unsinnig und sozial ungerecht.

(Beifall bei der LINKEN – Ute Berg [SPD]:
Was sagen Sie denn zur IG Metall?)

Sie ist wirtschaftlich fragwürdig, weil die Probleme der Automobilindustrie damit nur in die Zukunft verschoben, aber nicht gelöst werden.

Die Verlängerung der Prämie ist doch der erste Beweis dafür, dass Sie die Automobilindustrie zwar an den Tropf gelegt haben. Sie können ihn aber nicht mehr entfernen, ohne den Patienten ganz über die Wupper gehen zu lassen.

(Garrelt Duin [SPD]: Sie hätten ihn direkt sterben lassen oder was?)

Kollegin Berg, selbstverständlich bestreiten auch wir nicht den kurzfristigen konjunkturellen Effekt. Die Nachfrage wird jetzt europaweit angeheizt. Autokäufe werden vorgezogen. Aber was kommt danach? Unsere Befürchtung ist, dass der Einbruch dann umso stärker und die Situation in der Automobilindustrie umso schlimmer wird.

Was ist mit den anderen Branchen? Sie stützen mit der Abwrackprämie einseitig die Automobilindustrie

- auch auf Kosten von anderen Branchen. Viele, die jetzt ein neues Auto kaufen, sparen dafür an anderen Dingen, oder – was noch schlimmer ist – sie überschulden sich, um das neue Auto bezahlen zu können. (C)

Es grenzt schon an Volksverdummung, Herr Rehberg, das Ganze noch als Umweltprämie zu bezeichnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kopplung an die Abgasnorm Euro 4 ist ein Witz. Schließlich gibt es kaum noch ein Fahrzeug, das diese Norm nicht erfüllt.

Auch die deutsche Automobilindustrie hat, verschuldet durch Ihre Regierung, die Entwicklung umweltfreundlicher Fahrzeuge und Verkehrssysteme massiv verschlafen. Jetzt zementieren Sie mit der Ausgestaltung der Abwrackprämie diese Entwicklung, statt eine Umkehr einzuleiten.

Es ist ein Skandal – das richte ich vor allem an die Kolleginnen und Kollegen der SPD –, dass Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher nach wie vor ausgeschlossen werden.

(Ute Berg [SPD]: Das wollten wir!)

Unabhängig davon, dass sie ein falsches Mittel ist, ist diese Vorgehensweise zutiefst diskriminierend und entwürdigend. Deshalb geben wir Ihnen mit unserem Änderungsantrag die Gelegenheit, wenigstens diesen Fehler zu korrigieren. Noch besser wäre allerdings, mit der Anhebung von Hartz IV und mit einem gesetzlichen Mindestlohn eine dauerhafte Kaufkraftstärkung vorzunehmen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Ihrer Abwrackprämie setzen wir unseren Zukunftsfonds entgegen. Die Automobilindustrie ist in einer strukturellen Krise. 25 Prozent Überkapazitäten erfordern politische Antworten, die statt eines Strohfeuers einen Strukturwandel einleiten.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:
Was ist Ihre Antwort?)

Wir wollen mit Beteiligungen aus dem Industriefonds den sozialen und ökologischen Umbau der Automobilindustrie wie auch anderer Branchen vornehmen. Nur auf diese Weise können auch mittel- und langfristig Arbeitsplätze gesichert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die gesamte Branche muss in Richtung umweltfreundlicher Verkehrskonzepte umgebaut werden.

Statt eines Strohfeuers wie der Abwrackprämie sollten Sie – das sage ich Ihnen gerade heute – endlich bei Opel damit anfangen, Arbeitsplätze zu sichern. Beteiligen Sie sich mit den Ländern an Opel, statt das Problem auf einen privaten Treuhändler abzuschieben, auf die Insolvenz zu spekulieren, wie es Herr zu Guttenberg permanent tut, oder das unwürdige Geschacher der letzten Nacht fortzusetzen!

(Beifall bei der LINKEN)